Nummer 4 — Stuttgart, 27. Januar 1923 — 41. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 600 Mk. Einzelnummer 60 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Tummer. Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16. Fernsprecher: Nr. 8900. — Postscheckkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme. Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Ruhrkrieg und Arbeiterklasse

In ganz friedlicher Absicht sollte die französisch-belgische Truppe ins Ruhrgebiet kommen und gering an Zahl sollte sie sein, nur so stark, um ein halbes Hundert Ingenieure zu beschützen, die beauftragt seien, die fehlende Menge Reparationskohle zu besorgen. Auch sollte die Bevölkerung nicht gestört werden, ihr gewöhnliches Leben weiter zu leben. So wenigstens wurde vor acht Tagen von Paris aus an alle Welt verkündet. Inzwischen hat sich vieles geändert. Die kleine Schutztruppe ist zu einer vollständigen Armee ausgewachsen, aus dem friedlichen Auftrag ist eine „pénétration pacifique" (friedliche Durchdringung) marokkanischen Angedenkens des ganzen Ruhrgebiets geworden. Von den Ingenieuren hört und sieht man nichts mehr, um so mehr aber von den Militärs und ihren Taten.

Somit hat sich die Besetzung des Ruhrgebiets ganz anders gestaltet, als von ihren Urhebern verkündet wurde. Daß diese Entwicklung von den Pariser Staatsweisen gewünscht worden wäre, kann man füglich bezweifeln. Schon um ihres staatsmännischen Rufes willen muß ihnen an einer solchen Entwicklung ihres Planes nichts gelegen sein. Sie mochten vielleicht Grund zu der Annahme haben, auf deutscher Seite sei Verständnis für ihre politischen und persönlichen Nützlichkeiten zu finden. Hierauf läßt die verschiedene Art der Behandlung deutscher Kreise schließen. Den Unternehmern gegenüber gaben sich die französischen Militärs in ihrer natürlichen Forschheit; sie befahlen ihnen, die gewünschten Kohlen zu liefern und drohten für den Weigerungsfall Gefängnisstrafe an. Die Wortführer der so Angeranzten traten gleichfalls in der natürlichen Forschheit ihres Standes auf, sie erklärten, für ihr Vaterland gingen sie selbst ins Gefängnis. Ihr Vaterland ins Gefängnis! Dergleichen hat man von deutschen Schwerindustriellen noch nicht gehört. Diese Trutzigkeit ist zu selten, als daß sie nicht in allen Patriotenfibeln vermerkt werden müßte.

Der Arbeiterschaft zeigen die französischen Militärs, vorderhand wenigstens, eine etwas freundlichere Seite als den Industriellen. Die Gewerkschaftsvertreter wurden nicht herbeibefohlen, sondern eingeladen. Und in den Gewerkschaftsbureaus lassen die Fremdlinge in der Regel ein Döschen Honigseim sehen. Mit den Gewerkschaftsvertretern wurde mehrmals in einer Weise verhandelt, die man als einen Tanz um ihre Gunst buchstabiert. Das gänzliche Mißlingen dieses Tanzes wird schon durch die schwere Rüstung der Tänzer bedingt. Es zeugt von einer argen Unkenntnis des deutschen Gewerkschafters, wenn man annimmt, er sei damit zu gewinnen, daß man ihm Lebensmittel und Hilfe bei Lohnstreitigkeiten verspricht. Eine schlimmere Beleidigung seines Selbstbewußtseins läßt sich kaum ausdenken. Nur eben Militärs können auf die Ungeheuerlichkeit verfallen, die Ehre des deutschen Gewerkschafters sei für das Versprechen eines Linsengerichtes zu haben.

In großen Dingen schlau zu sein, hat noch nie gut getan, wie jetzt im Ruhrgebiet wiederum dargetan wird. Durch die gesonderte Behandlung der Arbeiter und der Industriellen, eine Pfiffigkeit, deren Zweck von jedem Insassen eines Schwachsinnigenhauses zu durchblicken ist, sind die sonst scharf getrennten Schichten oder Klassen nur noch fester in die gemeinsame Front gegen die Besetzung getrieben worden. Für die Arbeiterschaft bedurfte es freilich des von französischer Hand bewirkten Antriebes nicht, um sie zum Widerstand anzuspornen. Sie, die Krieg, Militarismus und jede Vergewaltigung verabscheut und mit ganzer Seele für Völkerverständigung wirbt und die Pflicht der Wiedergutmachung anerkennt, wofür sie Beweise und Opfer in großer Zahl gebracht hat und weiter zu bringen gewillt ist, sie würde sich selbst untreu werden, ihre Überzeugung aufgeben, wenn sie sich nicht rücksichtslos gegen die Besetzung wendete. Ihre Kampfentschlossenheit für die Republik und für ihre Einheit wird keinen Unterschied machen zwischen Feinden von außen und von innen. Sie erfüllt dadurch nur ihre proletarische, ihre sozialistische Pflicht. In dieser Stellung wird selbstverständlich auch dann kein Wandel eintreten, wenn sie ganz allein stehen sollte. Dies alles sind platte Selbstverständlichkeiten für jeden halbwegs Kundigen.

Im Ruhrgebiet stehen jetzt — zum ersten Male — organisierte Arbeiter und Schwerindustrielle in einer Front zusammen. Beide wollen den Gewaltakt abwehren, der von der französisch-belgischen Entente verübt wird. Diese seltsame, unnatürliche Kampfgemeinschaft dürfte vielleicht solange bestehen, als sich beide gleichmäßig von der äußeren Gefahr bedroht fühlen. Die Fronteinheit darf niemals vergessen lassen, daß beide von Beweggründen zu der Gemeinschaft getragen werden, die nach Zahl, Gewicht und Wesen überaus verschieden. Der Arbeiter wird von seiner sozialistischen und republikanischen Ueberzeugung zum Widerstand getrieben, der Industrielle von der Furcht vor einer Beeinträchtigung seines Geschäftsgewinnes. Der Arbeiter widerstrebt der Besetzung, weil er in ihr die Keimlegung zu neuem Kriege, Entfachung des nationalistischen Geistes, Verstärkung der allgemeinen Unrast und eine Gefährdung der Republik sieht. Er weiß aus bitterer Erfahrung, daß er für alle diese Uebel mit seinen Brotbissen, seiner Freiheit und Gesundheit und seinem Leben zu büßen hat. Die Beweggründe des Arbeiters sind dem Industriellen vollständig fern. Hat man je einen Kohlenbaron oder einen Industriemagnaten gesehen, der sich gegen Krieg, gegen Nationalismus oder gegen die Bedrohung der Republik wendete? Das zu tun hat er nicht den allergeringsten Anlaß. Im Gegenteil, sein Geschäftsinteresse lassen ihm die Steigerung jener Übel wünschen, weil sie ihm einen wachsenden Zufluß gutbezahlter Aufträge, das ist mehr Gewinn, mehr Macht verbürgen. Kriegsgeist, Kriegsmöglichkeit und Krieg bilden für die Industriellenschaft eine reichsprudelnde Quelle goldigen Profites, für die Arbeiterschaft dagegen einen Zwang zu unerhörten Opfern an Gut und Blut. Besondere Beweise hiefür bedarf das Geschlecht nicht, das die Zeit von 1914 durchlitten hat.

Diese unüberbrückbaren Interessengegensätze klar zu erkennen und von ihnen alles Tun und Denken bestimmen zu lassen, kann der Arbeiterschaft nicht dringend genug ans Herz gelegt werden. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben kann in dieser Zeit, wo der Völkerhaß an tausend Stellen geschürt wird, nur sein, der nationalistischen Stimmungsmache rücksichtslos entgegenzuwirken. Die Reaktion braucht Verwirrung, um einen großen Fischfang zu tun. Ein deutlicher Trennungsstrich zwischen der proletarischen und bürgerlichen Abwehrbewegung ist einfach unerläßlich. Die proletarische Bewegung kann nur gewinnen, ihre Wirkungskraft ungeheuer steigern, wenn sie sich fernhält von den mordspatriotisch belasteten Kreisen. Daß sie sich einzig und allein vom Interesse des arbeitenden Volkes leiten lassen muß, ist wohl nicht nötig, ausdrücklich zu betonen. Diese Mahnungen nicht beherzigen, könnte der deutschen Arbeiterklasse entsetzlich teuer zu stehen kommen. Und das viel eher, als die meisten glauben mögen.

Des kindlichen Glaubens wird wohl niemand mehr sein, die französisch-belgische Truppe sei nur wegen den fehlenden Kohlen und Telegraphenstangen an die Ruhr geschickt worden. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Interessenstreit zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie. Während des Krieges erklärten die deutschen Schwerindustriellen, ohne die Erzlager von Longwy und Briey nicht mehr bestehen zu können und einen Frieden ohne die beiden Erzbecken nannten sie einen Schmachfrieden. Die Niederlage verhinderte das Ergattern der Beute. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein, vermeinen die französischen Schwerindustriellen. Nun behaupten sie, ohne die Ruhrkohle nicht mehr bestehen zu können. Dem Schmerz winkte Stillung mit der Ministerpräsidentschaft Poincarés, der lange Zeit Advokat einer schwerindustriellen Vereinigung war. Es ist nun zwar längst versucht worden, eine französisch-deutsche Interessengemeinschaft auf friedlichem Wege zustande zu bringen. Woran der Versuch scheiterte, läßt sich noch nicht bestimmt sagen. Daß ihm gewichtige Gegensätze im Wege stehen, ist daran zu ermessen, daß beide Seiten den Austrag des Streites mit dem Säbel nicht scheuen.

Der jetzige Zeitpunkt zum offenen Konflikt scheint insofern günstig, als beide Seiten an ihrer Regierung treuergebene Leute haben. Bei Geschäftsleuten dieses hohen Grades ist selbstverständlich der Wunsch, trotzalledem und alledem zu einer Verständigung zu kommen, immer lebendig. Damit die deutschen Schwerindustriellen sich nicht täuschen, wer die stärksten Trümpfe besitzt, werden die Truppen mit Tanks und Kanonen geschickt. Die so Bedachten bemühen sich zu zeigen, daß sie keineswegs so ohnmächtig sind, wie man drüben meint. Sie organisieren die Abwehr, treiben passiven Widerstand, rufen Gott und alle Menschen zum Zeugen für die Lauterkeit ihres Tuns an. Die Gegenseite desgleichen.

Währenddessen stürzt die Mark ins Bodenlose, schnellen die Preise ins Astronomische, nimmt die Not der Volksmasse gräßliche Schlimmheit an. Was kümmert das die Urheber dieser neuen Drangsal? Sie haben zu leben, die allgemeine Not berührt sie nicht, der gewaltige Marksturz ist für sie eine probate Gelegenheit für eine gewaltige Preiserhöhung, für neue prächtige Ernte. Und was der Interessenstreit an der Ruhr kostet, bezahlen ja nicht sie, sondern die Steuerzahler hüben und drüben. Damit das gute Volk darüber nicht zu viel nachdenkt und seine Drangsal vergißt, wird versucht, es in einen mordspatriotischen Rausch zu versetzen, wird der Erbfeind als der alleinige Übeltäter ausgeschrien.

Das Beutespiel wird, solange gehen, bis eine Seite überwunden oder, was wahrscheinlicher ist, bis man sich über das Wie der Verständigung einig geworden ist. Beide Lösungen bergen für die Arbeiterklasse, und wahrhaftig nicht bloß für die deutsche, ungeheure Gefahren. Die Vereinigung der beiden Schwerindustrien bringt nicht viel weniger als die Kontrolle der gesamten Wirtschaft des europäischen Festlandes. Hierum dreht sich der Streit an der Ruhr.

Daß England und Amerika der Beuteverteilung nicht gleichgültig zuziehen werden, liegt auf der Hand. Dem britischen Ministerpräsidenten wird niemand hohe staatsmännische Weisheit nachsagen, aber das weiß er als früherer Glasgower Eisenhändler bestimmt, um was an der Ruhr gewürfelt wird. Seine Stunde hält er noch nicht für gekommen, aber es kann in einem Monat, in einer Woche, vielleicht schon in einigen Tagen der Fall sein. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß der gewaltige Interessenkampf an der Ruhr bald noch zwei angelsächsische Teilnehmer haben wird.

Kurz, wir stehen vor neuen gewaltigen Wirtschaftskämpfen, vielleicht vor neuem Krieg. Auch diese Konflikte werden wie der an der Ruhr auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgefochten, sofern diese nicht endlich, ihrer Macht bewußt, diesem teuflischen Beutespiel radikal ein Ende macht. Das aber bedingt vor allem klare Erkenntnis der Gegensätze, eine selbständige sozialistische Politik, schöpferische Ideen und den entschlossenen Willen, sie durchzuführen.

Nun aber bessere Wirtschaft

Der Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Frankreich nähert sich seinem Höhepunkt. Die Erkenntnis des wirtschaftlichen Widersinns der französisch-belgischen Maßnahmen, die Überzeugung von dem schließlichen Fehlschlag der Pfänderpolitik, die offenkundige Einmütigkeit des moralischen Widerstands Deutschlands scheinen in amtlichen Kreisen den Willen zu wirksamen Taten zu dämpfen. Optimismus dünkt uns überaus bedenklich. Die Erfahrung schreckt. Mit Optimismus zog das amtliche Deutschland in den Krieg, der für den einen Teil zum Stahlbad, für den andern zum Goldbad wurde. Mit diesem Optimismus verzichtete man auf die Finanzierung des Krieges durch Steuern und legte mit einer unverantwortlichen Schuldenwirtschaft den Grund zu den schweren Leiden der Nachkriegszeit. Mit diesem Optimismus übersah man die verheerenden Wirkungen des Krieges auf den Lebensstandard des deutschen Volkes bis in seine letzten Wochen hinein, um — als sie dann zutage traten — die Massen, die Gut und Blut der Kriegsfurie geopfert hatten, des berühmten Dolchstoßes von hinten zu bezichtigen. Und der Erfolg waren die maßlos steigenden Preise, die die Schicht der Klein- und Sozialrentner gänzlich, den größeren Teil des deutschen Volkes aber, Arbeiterschaft und Festbesoldete, um den wesentlichen Teil ihres Reallohnes enteigneten und nach den Worten eines demokratischen Wirtschaftspolitikers ganz Deutschland in einen großen Klantekonzern verwandelten.

Wie ist die Lage? Wir werden **zu wenig Kohle** haben, weil die Franzosen die Absicht, ihre Reparationskohle und den großen Bedarf des alten und neuen besetzten Gebietes vorweg zu erhalten, rücksichtslos durchzuführen versuchen werden. Wir werden **zu wenig Brot** haben, weil die neubesetzten Gebiete nach wie vor von Deutschland aus versorgt werden müssen, will man die dortige Arbeiterschaft, die die französische Annäherung und das Angebot von Lebensmittelzuwendungen entrüstet abgelehnt hat, nicht mit der Hungerpeitsche der Fremdherrschaft zutreiben. Und wir werden **zu wenig Rohstoffe** haben, weil die Produktion der besetzten Gebiete in demselben Maße, wie Frankreich seine finanzielle Vorherrschaft sicherstellen will, der deutschen Überwachung unzugänglicher wird und infolgedessen weniger Devisen als bisher abwerfen wird. Dazu tritt für die Kohle und für die übrige Warenerzeugung die Gefahr eines Produktionsrückganges, mit der alle Kreise rechnen, so daß eine Verkürzung der Kohlendecke nicht weniger wahrscheinlich ist als eine Verminderung der aus dem Warenexport zur Verfügung stehenden Devisen. Alles in allem werden wir uns darauf gefaßt machen müssen, daß der Warenmangel steigen wird.

Warenknappheit und Devisenteuerung sind — das haben wir in der letzten Zeit genug erfahren — der Nährboden der ungehemmten Preistreiberei. Darum ist auch eine **schärfere Handhabung der Wuchergesetze** nicht so sehr gegenüber dem Kleinhandel, als vielmehr gegen die Produzentenverbände zu fordern.

Da aber weder Wuchergesetze noch Einfuhrkontrolle bisher die Auswucherung des Volkes verhindern konnten, ist nachdrücklich zu fordern, daß die von den Sachwertbesitzern durch die Geldentwertung erzielten **Mehrgewinne auch steuerlich erfaßt** werden. Zunächst wäre die Exportabgabe angesichts der zu erwartenden Valutakonjunktur wesentlich zu erhöhen, besonders für solche Waren, bei deren Herstellung der Anteil der notorisch unterbezahlten Arbeitskraft groß ist. Es geht nicht an, daß man jetzt die Metallarbeiter mit der Verweigerung der durch die Teuerung notwendig gewordenen Lohnerhöhungen zum Streik zwingt und so die Produktion lahmlegt, während man bei der Warenausfuhr wachsende Gewinne erzielte. Überhaupt ist auf dem Gebiete der wirksamen Erfassung des Besitzes viel nachzuholen. Es müssen endlich Maßnahmen getroffen werden, um auch von den veranlagungspflichtigen Steuerzahlern ebenso wie von den Lohnsteuerpflichtigen die Steuern in ihrem vollen Geldwert beizutreiben. Schließlich bedarf es der Einführung der Naturalsteuer, die immer dringender wird, je mehr

es den Landwirten gelingt, selbst für Umlagegetreide Preise zu erzielen, die in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten der letzten Ernte mehr stehen. Heute arbeitet die große Masse, um nur den Nahrungsmittelbedarf, also den Landwirt bezahlen zu können. Um so mehr hat sie ein Recht, zu verlangen, daß auch er seine Steuern zahlt.

Ebenso ungerechtfertigt, wie die Übergewinne der Landwirtschaft, sind die riesigen Gewinnausschüttungen der Industrie, die den Aktionären durch Bezugsrechte und Gratisaktien zugewendet werden und die die gewaltigen Kurssteigerungen an der Börse zur Folge haben. Auch hier müßte das Steuerrecht schärfer zufassen, anstatt die Verschleuderung des deutschen Produktionskapitals zu begünstigen.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen ist also erforderlich, will man dem deutschen Volke die schwere Zeit der Leiden, die ihm mit der Besetzung des Ruhrgebiets bevorstehen, mildern. Viele sind nur dadurch jetzt besonders dringend geworden, daß man sie — obwohl sie schon früher notwendig waren — nicht rechtzeitig in Angriff genommen hat. Wenn aber die Franzosenzeit an der Ruhr für die Sachwertbesitzer des übrigen Deutschland nun nach Krieg und Revolution zum dritten glänzenden Geschäft werden soll, wird die Einmütigkeit der Abwehr des Übergriffs sehr bald gefährdet sein. Mehr als je brauchen wir eine planmäßige und bewußte Wirtschaftsführung.

Was tut die Regierung?

In seiner Rede, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker am 16. Januar im Reichswirtschaftsrat gehalten hat, meinte er, man werde infolge der Ruhrbesetzung mit einer starken Verteuerung unserer Lebenshaltung zu rechnen haben und wir müßten uns „innerlich darauf einstellen", daß wir nicht aus der Not der Zeit noch Vorteil ziehen. Von dieser Weisheit wird weder ein armer Teufel satt, noch wird sich dadurch die Zunft der Elendsgewinner in Industrie, Handel und Landwirtschaft in ihrem gemeinen Treiben stören lassen. Nun hat freilich der Minister noch erklärt, was die Regierung gegen die Teuerung tun könne, werde sie tun. Die Frage ist indes, ob sie von ihrer Klassen- und Geistesbeschaffenheit aus überhaupt etwas tun kann. Bis jetzt hat sie noch nichts gegen das furchtbar wachsende Übel getan. Oder doch? Ach ja, sie ist den Bars und Dielen auf den Leib gerückt, hat die Bubibälle und gleichartige Kurzweil derer, die es dazu haben, untersagt, dann soll dem prassenden Ausländertum Einhalt getan werden und die Zahl der Fleischgerichte in den öffentlichen Lokalen soll eine Einschränkung erfahren. Gewiß alles recht nützlich und notwendig, aber dies hat mit dem Kern des Übels herzlich wenig zu tun und erinnert an die weiße Salbe des Kurpfuschers. Damit ist die Verschlimmerung ganz bestimmt nicht zu mildern.

Innerhalb zweier Wochen ist der Dollar von 7000 auf 23 000 gestiegen. Was dies für den Lebensunterhalt heißt, braucht nach unserer jahrelangen Erfahrung nicht noch gesagt zu werden. In den nächsten Tagen und Wochen werden wir eine beispiellos wahnsinnige Preistreiberei erleben. Dazu werden die hochedlen Patrioten, die Waren besitzen und handeln, ihr unredlich Teil beitragen. Für sie ist die Dollarwertsteigerung auch diesmal eine Gelegenheit goldiger Ernte. „Die scharfe Devisensteigerung", schrieben vor ein paar Tagen die Leipziger Neuesten Nachrichten, „hat den Produktenmarkt in erhebliche Aufregung versetzt. Die Provinz hält mit dem Angebot zurück. Die Preise stiegen unter vermehrter Kauflust. Weizen und Roggen konnten wegen der Geringfügigkeit des Angebots nur wenig umgesetzt werden. Ähnlich war es bei Gerste der Fall. Dagegen wurde Hafer plötzlich sehr lebhaft gehandelt, weil der Westen stark als Käufer auftritt." Wie man sieht, befolgt schon die Provinz, das heißt die Landwirtschaft, den Rat des Ministers Dr. Becker, sie stellt sich auf ihre Weise innerlich ein. Industrie und Handel werden sich ebenso „innerlich einstellen". In sehr kurzer Zeit werden sich die Kosten des Lebensunterhalts um ebensoviel erhöht haben, wie der Dollar. Eine Verdreifachung der ohnehin unerschwinglichen Kosten der Lebenshaltung — was das für die unteren Volksschichten bedeutet, wagt man gar nicht auszudenken.

Verhandlungen mit den Wirtschaftsverbänden zwecks Milderung der drohenden Verschlechterung sind angekündigt. Die mit dem Gewerkschaftsbund fanden am 17. Januar statt. Die Gewerkschaftsvertreter haben der Regierung Vorschläge zur Sicherstellung der Brotversorgung, Einschränkung der Einfuhr von Luxuswaren und noch für andere Besserungsmöglichkeiten überreicht. Unsere Vertreter wissen, davon sind wir überzeugt, so gut wie wir, daß es mit der bloßen Überreichung von Forderungen sein Bewenden nicht haben darf. Wir sind weiter überzeugt, daß sie ihr möglichstes tun werden, die Regierung zu wirksamen Maßnahmen gegen die Teuerung anzutreiben. Wir können nur wünschen, daß sie diesmal mehr Erfolg haben als bislang. Wenn auch der neue beispiellose Sturz in den Elendssumpf nicht gemildert, nicht gehemmt, nicht aufgehalten wird, dann läßt sich nur mit Grauen an die nächste Zukunft denken.

Ueberstürzte Preissteigerungen

Der beispiellose Sturz der Mark hat in der Preisbildung, die schon bisher unübersichtlich war, alle Schranken niedergerissen. Die Geschäftswelt hat jeden Maßstab für die Preiskalkulation verloren. Es herrscht verwirrende Willkür. Wenn der Dollar heute auf 23 000 *M* steht, morgen vielleicht auf 30 000 *M*, so ist, weil die Entwertung der Mark im gleichen Verhältnis folgt, kein Wertmaßstab mehr vorhanden. Alle Güter zur Lebenshaltung haben keinen gefestigten Preis mehr. Die Industrie, soweit sie in Papiermark berechnet, hat den Kopf verloren. Die Preisfestsetzungen überstürzen sich. Der Stahlbund hat in einer Woche die Preise dreimal erhöht. Damit sind die Preise auf das 1100fache der Vorkriegszeit gestiegen. Da am 16. Januar eine weitere Entwertung der Mark erfolgt ist, wird sofort eine neue Preiserhöhung folgen. Das schwindelnde Tempo der Markentwertung setzt sich in der Preisbildung automatisch fort.

Die Teuerung im Arbeiterhaushalt

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst bringt die Haushaltsrechnung einer Berliner dreiköpfigen Familie für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922. Sie liefert uns den zahlenmäßigen Beweis für die anhaltend steigende Teuerung und das Verhältnis der einzelnen Ausgaben zur Gesamtausgabe. Aus den Fußnoten sind die Gründe für die geringen Beträge der einzelnen Ausgaben ersichtlich. Die Gesamtausgaben haben sich um das 8,2fache, die Ausgaben für Nahrung hingegen um das 10,1fache vermehrt. Für Nahrung, Wohnung, Feuerung und Beleuchtung sind 47,1 v. H. verausgabt, es verblieben mithin zur Deckung aller übrigen Bedürfnisse 52,9 v. H. Da für Kleidung, Wäsche und Schuhe aus besonderen Gründen geringe Beträge aufgewandt worden sind, darf man den Satz für den von den statistischen Landesämtern nicht erfaßten Aufwand, also für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Körperpflege, Genußmittel, Haushaltungsgegenstände und sonstiges auf mindestens 55 v. H. annehmen. Wenn demnach die Teuerungszahl für Berlin auf rund 60 000 steht, so wären als Mindestlebenssatz 93 000 *M* erforderlich, das entspricht einem Stundenlohn von 447,50 *M* bei 208 Arbeitsstunden im Monat. Doch betrachten wir den Aufwand im einzelnen:

	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Zus.	%
Wohnung	[1] 1849,60	78,10	162,50	231,—	221,30	177,50	[4] 2710,—	1,0
Feuerung und Beleuchtung	725,—	1047,50	2967,20	1642,15	1437,80	7553,—	15 372,65	5,5
Nahrung	5428,90	6070,35	9547,35	15 154,40	23 850,80	65 028,—	115 179,80	40,7
Kleidung[2]	2497,65	320,—	9746,—	—	32 077,25	9666,—	54 303,90	19,3
Schuhe[3]	930,—	15,50	386,75	36,—	400,—	25,—	1793,25	0,7
Wäsche[2]	122,65	491,25	280,—	915,—	676,—	5600,—	8078,90	2,9
Körperpflege	132,—	174,—	104,—	286,50	631,—	707,—	2034,50	0,8
Genußmittel usw.	763,40	2950,—	2251,—	1213,—	2063,50	10 023,—	19 263,90	6,9
Haushaltungsgegenstände	—	8819,—	72,50	80,—	535,—	4125,—	13 631,50	4,9
Sonstiges	1635,75	1374,05	5512,50	7280,60	11 362,80	23 541,50	50 757,30	17,8
Zusammen	14 134,95	21 339,75	31 118,80	26 838,65	73 249,65	116 446,—	283 127,70	100

[1] 2 Zimmer frisch hergerichtet. [2] Wird im Haushalt selbst fertiggestellt, daher so geringe Beträge. [3] Familie war vorher gut versehen, daher in den 6 Monaten keinerlei Neuanschaffung. [4] Die Nebenabgaben sind nur zum Teil eingerechnet, eine entsprechende Nachzahlung wird im Laufe des Monats Januar verlangt.

Kohlenanleihen

Das Bestreben, wertbeständige Anleihen zu schaffen, hat dazu geführt, daß jetzt neben den sogenannten Roggenpapieren auch Kohlenanleihen auf dem Wertpapiermarkt auftauchen. Diese lauten ebenfalls nicht auf Papiermark, sondern, wie schon der Name sagt, auf eine bestimmte Menge Kohle. Auch die Zinsen werden nach dem Preise der Kohle bemessen. Wer also Kohlenanleihen kauft, erhält damit die Anweisung auf einen Geldbetrag, für den man eine bestimmte Menge Kohlen kaufen kann.

Das erste Werk, das eine Kohlenberganleihe ausgibt, ist die Badische Landes-Elektrizitätsversorgung. Dabei ist es bemerkenswert, daß das Badenwerk über eigene Kohle gar nicht verfügt. Es gewinnt seine Elektrizität lediglich durch Wasserkraft. Da aber der Preis des an die Abnehmer gelieferten Stromes sich nach dem jeweiligen Kohlenpreis bemißt, während das Werk die viel billigere Wasserkraft zur Verfügung hat, ist es in der Lage, mit dem Ertrag der Anleihe das Werk an der Murg derart auszubauen, daß es von Ende 1923 ab jährlich 100 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen kann, die einem Wert von jährlich 250 000 Tonnen Kohle entsprechen. Außerdem erzeugt es auf den bisher fertiggestellten Anlagen bereits 60 Millionen Kilowattstunden Strom, die einem Wert von 150 000 Tonnen Kohle — immer ab Zeche gerechnet — entsprechen. Auf diese Weise ist das Murgwerk in der Lage, eine Anleihe im Werte bis zu 4 Millionen Tonnen Kohle aufzunehmen, ohne sich damit finanziell zu überlasten.

Wie verlautet, beabsichtigt auch der Freistaat Sachsen, ähnliche Kohlenanleihen aufzunehmen. Er ist dadurch vielleicht noch in einer günstigeren Lage, daß er selbst über Kohlenzechen verfügt und dadurch den Ertrag der Anleihe zur Förderung der Kohlengewinnung verwenden kann. Hier würde es sich also um eine Kohlenanleihe im wahren Sinne des Wortes handeln. Immerhin ist die Sicherheit, die das Badenwerk durch seine Anleihe aufbringen kann, nicht geringer als die von Kohlenzechen, da man für die industrielle Produktion die aus Kohle und die aus Elektrizität gewonnene Energie gleichsetzen kann. Die Strompreise werden sich immer in einem bestimmten Verhältnis zum Kohlenpreis bewegen.

Durch die Schaffung der Kohlenanleihen wird für den Markt dieser neuen wertbeständigen Anlagepapiere eine größere Grundlage geschaffen. Bei den großen Preisschwankungen, denen die verschiedenen Waren in Zeiten normaler Wirtschaftslage ausgesetzt sind, ist es durchaus nicht erwünscht, wenn Wertpapiere geschaffen werden, die sich ausschließlich nach dem Wert einer einzigen Ware bemessen. Da es sich bei allen diesen Papieren mehr um Spar- als um Spekulationspapiere handelt, kommt es mehr darauf an, daß die Erhaltung des Wertes durch den Charakter der Papiere bedingt ist, als daß man hier Gewinnchancen schafft, denen auf der anderen Seite auch Verlustmöglichkeiten gegenüberstehen. Eine allzu weitgehende Schaffung von Roggenpapieren würde zum Beispiel auch das Interesse vieler Kreise der verbrauchenden Bevölkerung an hohen Roggenpreisen wecken und das wäre eine höchst unerwünschte Folge. Im übrigen wäre es an der Zeit, daß man versucht, diese jetzt planlos ausgegebenen wertbeständigen Anleihen unter einheitlichen Gesichtspunkten zu beaufsichtigen und zu prüfen, inwieweit sich auch für das Reich die Möglichkeit bietet, wertbeständige Anlagepapiere zu schaffen. Denn auf diese Weise wird ein erheblicher Teil des Publikums, das jetzt Gelder in Devisen, Aktien und Waren anlegt, zu einer gesunderen Betätigung des Spartriebes gebracht und damit auch bis zu einem gewissen Grade der Devisenmarkt entlastet.

Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Unterstützung

Im Reichsarbeitsblatt wurden vom Reichsarbeitsminister die neuen Höchstsätze für die Erwerbslosenunterstützung veröffentlicht. Die Höchstsätze betragen demnach den Tag ab 25. Dezember 1922:

	in den Ortsklassen A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	360 *M*	325 *M*	290 *M*	255 *M*
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	250 „	225 „	200 „	175 „
c) unter 21 Jahren	125 „	115 „	100 „	85 „
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	275 „	250 „	225 „	200 „
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	165 „	150 „	135 „	120 „
c) unter 21 Jahren	100 „	90 „	80 „	70 „
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	165 „	150 „	135 „	120 „
b) Kinder und sonstige unterstützungsberecht. Angehörige	125 „	115 „	100 „	85 „

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen jedoch zusammen den zweifachen Betrag von dem, was er als Erwerbsloser erhält, nicht übersteigen. Die Familienzuschläge dürfen demnach in der Ortsklasse A 720 *M*, in der Ortsklasse B 650 *M*, in der Ortsklasse C 580 *M* und in den Ortsklassen D und E 510 *M* im Höchstfalle betragen.

An einem Beispiel gezeigt: Ein Erwerbsloser über 21 Jahre in Ortsklasse A erhält 360 *M* den Tag. Ist dieser Erwerbslose verheiratet und hat zwei Kinder unter 16 Jahren, dann bekäme er an Familienzuschlägen für die Ehefrau 165 *M* und für jedes Kind 125 *M*, also für zwei Kinder 250 *M*, das sind zusammen für Frau und zwei Kinder 415 *M*. Hätte dieser Erwerbslose aber statt zwei fünf Kinder, dann würde der Familienzuschlag den Betrag von 790 *M* (für die Frau 165 *M* und für fünf Kinder 5×125 *M*) ergeben. Da aber der zweifache Betrag seiner Unterstützung 720 *M* beträgt, so darf der Familienzuschlag ebenfalls nur 720 *M* betragen, muß also in diesem Falle um 70 *M* gekürzt werden.

Der Höchstbetrag, den ein Erwerbsloser an Erwerbslosenunterstützung und Familienzuschlag erhalten kann, ist in Ortsklasse A 1080 *M* den Tag oder 6480 *M* die Woche, in Ortsklasse B 975 *M* oder 6050 *M*, in Ortsklasse C 870 *M* oder 5220 *M* und in den Ortsklassen D und E 765 *M* oder 4590 *M*. Maßgebend für die Einreihung der Ortsklassen ist das Ortsklassenverzeichnis für die Beamtenbesoldung.

Die Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung liegt den einzelnen Gemeinden oder Gemeindeverbänden ob. Es dürfte sich aber kaum eine Gemeinde finden, welche unter den Höchstsätzen zahlt. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bezw. der von ihm eingesetzten Stelle ist es gestattet, auch höhere Unterstützungssätze zu zahlen, wenn es sich um besonders teure Orte handelt. Die Unterstützung wird für 26 Wochen (ein halbes Jahr) gezahlt. In besonderen Notfällen kann jedoch der Regierungspräsident oder die Landeszentralbehörde die Dauer der Unterstützungsberechtigung verlängern. Wenn ein Erwerbsloser ausgesteuert ist, kann er erst nach 26 Wochen erneut Unterstützung beziehen.

Notwendig ist noch, darauf hinzuweisen, daß die Erwerbslosenunterstützung nur gezahlt wird, wenn die Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangel oder aus sonstigen wirtschaftlichen Gründen eingetreten ist. Wer selbständig seine Arbeit aufgibt, erhält keine Erwerbslosenunterstützung, es kann in solchen Fällen eine Erwerbslosenunterstützung nach vier Wochen gewährt werden. Für die erste Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung gezahlt.

Wichtig dürfte noch sein für die wahrscheinlich bald einsetzende Wirtschaftskrise die Unterstützung für Kurzarbeit. Nach § 9 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung erhalten Arbeitnehmer, die infolge von Kurzarbeit nicht das verdienen, was sie bei voller Arbeitszeit verdienen würden, Erwerbslosenunterstützung. Diese Unterstützung wird dann gewährt, wenn 50 v. H. von dem Wochen- oder Doppelwochenverdienst bei Kurzarbeit nicht den Unterstützungsbetrag der Woche oder Doppelwoche bei voller Erwerbslosigkeit erreicht. An einigen Beispielen sei die Berechnung gezeigt: Ein Arbeitnehmer mit fünf Kindern verdient bei voller Arbeit die Woche 20 000 *M*. Die Arbeitszeit wird verkürzt auf 24 Stunden und der Verdienst demnach auf 10 000 *M*. 50 v. H. des Wochenverdienstes würden also 5000 *M* sein. Dieser Arbeitnehmer würde in Ortsklasse A bei voller Erwerbslosigkeit den Tag 1080 *M* oder die Woche 6480 *M* Unterstützung erhalten. Die Unterstützung würde also 1480 *M* höher sein wie 50 v. H. seines Wochenverdienstes und wäre dieser Betrag als Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen.

Derselbe Arbeiter würde, wenn er nur zwei Kinder hätte, den Tag 775 *M* oder die Woche 4250 *M* Erwerbslosenunterstützung bei voller Erwerbslosigkeit erhalten. Da 50 v. H. seines Wochenverdienstes, nämlich 5000 *M*, mehr ist als die Unterstützung bei voller Erwerbslosigkeit, nämlich 4250 *M*, würde er keine Kurzarbeiterunterstützung bekommen.

Ein anderes Beispiel: Ein Arbeitnehmer arbeitet eine Woche voll und die zweite Woche arbeitet er nicht (würde also, mit anderen Worten gesagt, jede zweite Woche aussetzen müssen). Die Berechnung würde dann folgende sein: Der Verdienst für die zwei Wochen (Doppelwoche) ist 20 000 *M*, die Erwerbslosenunterstützung würde für den Arbeiter mit fünf Kindern in Ortsklasse A in zwei Wochen bei voller Erwerbslosigkeit 12 960 *M* betragen. 50 v. H. seines Verdienstes der Doppelwoche würden 10 000 *M* sein, die Differenz demnach, 2960 *M*, würde für die Doppelwoche als Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen sein. Die Kurzarbeiterunterstützung wird durch die Gemeindebehörde gezahlt, muß aber auf Verlangen der Gemeinde durch den Arbeitgeber errechnet und ausgezahlt werden.

Wichtig ist noch, daß bei der Kurzarbeiterunterstützung die Frage der Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist. Weiter wird bei einer vollen Erwerbslosigkeit, welche sich an eine Kurzarbeit anschließt, die Erwerbslosenunterstützung vom ersten Tage an gezahlt, es fällt also die Woche Karenzzeit fort. Kollegen, welche sich bei der Berechnung der Erwerbslosen- oder Kurzarbeitsunterstützung benachteiligt fühlen, wenden sich sofort an ihre Gewerkschaft oder an den Erwerbslosenfürsorgeausschuß, welcher für jede Gemeinde bestehen muß.

H. Feldmann.

Der überwundene Elektromagnet

Eine neue elektrische Klebkraft

Von Artur Streich.

Dem Scharfsinn genialer Forscher und dem unermüdlichen Fleiß begabter und vom Glück begünstigter Erfinder ist es gelungen, in der außerordentlich kurzen Zeit eines Menschenalters viele Formen, in denen die geheimnisvolle Kraft der Elektrizität in die Erscheinung tritt, zu erkennen und eine Menge ihrer Wirkungen der Menschheit nutzbar zu machen. Auf diesem Gebiete drängt eine Erfindung die andere, so daß wir heute nicht mehr wie in früheren Zeiten nach Jahrhunderten, sondern nach Jahren und sogar nach Monaten rechnen müssen.

Eine Erfindung ist neuerdings von zwei dänischen Ingenieuren, Alfred Johnsen und Knud Rahbek, gemacht worden, die aller Voraussicht nach einen Teil der Elektrotechnik — gemeint ist die Nachrichtenübermittlung (Telegraphie, Telephonie u. dergl.) — vollständig umgestalten wird.

Sehen wir uns an, worin denn diese „revolutionäre" Erfindung besteht, so finden wir, daß es sich im großen und ganzen vorerst eigentlich nur um eine Entdeckung handelt, die darin besteht, festgestellt zu haben, daß unter gewissen Bedingungen auch andere Körper als Stahl und Eisen eine ähnliche Anziehungskraft äußern, wie wir sie von den allgemein bekannten Elektromagneten kennen.

Bekanntlich teilt man alle Körper, soweit dabei ihre Leitfähigkeit für die Elektrizität in Frage kommt, in Leiter (Konduktoren) und Nichtleiter (Isolatoren) ein. Zu ersteren, die die Elektrizität gut leiten, gehören Kohle und alle Metalle, zu letzteren, die die Elektrizität so gut wie gar nicht leiten, Glas, Haar, Harz, Paraffin, Porzellan, Schwefel, Seide u. a. Zwischen diesen beiden Gruppen (Leitern und Nichtleitern) gibt es nun aber noch Körper, die die Elektrizität weniger gut leiten, weshalb man sie Halbleiter nennt. Solche sind Achat, Gelatine, Haut, Holz, Knochen, Kollodium, Marmor, Schiefer, Stein u. dergl. Diese Halbleiter nun, die sozusagen die Träger der angedeuteten Erfindung sind, spielen bei ihr eine ausschlaggebende Rolle.

Schon im Jahre 1917 hatten die beiden Ingenieure feststellen können, daß zwei mit einer elektrischen Kraftquelle in Verbindung stehende Metallplatten, die zum Beispiel durch einen sogenannten Lithographenstein (Halbleiter) getrennt waren, an ihm fest haften blieben. Diese eigenartige, bis dahin noch nicht beobachtete Anziehungskraft, die man jetzt allgemein schon „elektrische Klebkraft" nennt, hörte aber sofort auf, sobald die elektrische Spannung unterbrochen wurde. Weitere Versuche ergaben dann, daß diese Klebkraft noch gesteigert werden konnte, wenn die eine Seite des Steines mit Blattgold belegt war, das mit Hilfe von Wasserglas oder dergleichen mit ihr fest verbunden wurde. — Benutzte man nun (siehe diese Abbildung 1) diesen Goldbelag als den einen Leiter, so wurde die Metallplatte auf der anderen Seite mit der doppelten Kraft angezogen, als es vorher mit den zwei losen Platten der Fall war. Ihre Stärke erhöhte sich aber noch weitere, wenn man die benützten Flächen des Halbleiters und der Metallplatte poliert hatte. Dieses eigenartige Verhalten wird durch gewisse Oberflächenphänomene (-Erscheinungen), wie der Techniker sich ausdrückt, hervorgerufen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Um nun dieses neue, ganz außergewöhnliche Ereignis für die Technik nutzbar zu machen — und da beginnt eigentlich erst die Erfindung —, mußten zwei Gesichtspunkte ganz besonders berücksichtigt werden.

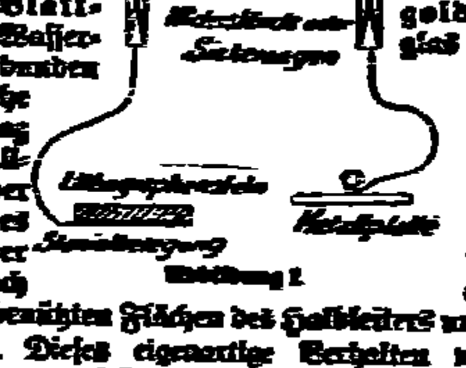

Abbildung 1

Zunächst mußte die „elektrische Klebkraft" noch mehr verstärkt und außerdem die Fernwirkung des gewöhnlichen Elektromagneten, die dieser Kraft vollständig mangelte, durch ein anderes technisches Moment ersetzt werden, wenn man sie zum Beispiel für die Zwecke der Telegraphie nutzbar machen wollte.

Durch die Verwendung eines zylindrischen Halbleiters an Stelle des Lithographensteines, dessen metallische Achse der einen Metallplatte entspricht, und durch die Verwendung eines dünnen Metallbandes aus Staniol oder dergl. als zweite Metallplatte, die fest über den Halbleiterzylinder gelegt ist, wurde die Klebkraft in der gewünschten Weise so gesteigert, daß sie diejenige, die zwischen einem System vollständig ebener Platten auftritt, um ein Vielfaches übertraf.

Die weitere Schwierigkeit, die gewissermaßen in Ruhe befindliche Klebkraft Bewegungen ausführen und Arbeit leisten zu lassen, wurde dadurch behoben, daß man dem Halbleiterzylinder eine ständige Umdrehung erteilte, so daß er, wie weiter ersichtlich werden wird, das an ihm haftende Metallband für gewünschte Strecken mitnehmen muß.

Wenn man nun dem nach diesen Angaben gebauten Apparat noch einige notwendige Teile, zum Beispiel Schreibstift, Papierband u. dergl. hinzufügt und zweckentsprechend damit verbindet, so kann man mit ihm alles das erreichen, was mit dem bisher bekannten, recht komplizierten Telegraphenapparat, der nach seinem Erfinder (1840), dem Amerikaner Morse, auch Morseschreiber heißt, bewirkt wird. Man hat somit einen Apparat, der einfacher eigentlich nicht mehr gedacht werden kann, denn kompliziertes Räderwerk und schwere, von manchen Zufälligkeiten abhängige Teile kommen bei ihm gar nicht in Betracht. Trotzdem arbeitet er schnell und unbedingt sicher und kann sofort von jedem Telegraphisten bedient werden. Gewissermaßen die Hauptvorteile sind aber die, die sich aus der Ersparnis an Strom und Leitungsdrähten ergeben; Faktoren, die besonders für das verarmte Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Zum Betrieb dieses Apparates, der die Minute 2000 Buchstaben und noch mehr leisten kann, genügt ein ganz geringer Stromfluß und sehr dünne Leitungsdrähte. Letztere deshalb, weil einige 100 000 Ohm Widerstand auf seine Wirkung gar keinen Einfluß haben.

Der volle Ertrag der Arbeit

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die auf der Übermacht des wirtschaftlich Starken über den wirtschaftlich Schwachen beruht, ist zu allen Zeiten als ein himmelschreiendes Unrecht empfunden worden. Es erschien einem rechtlich empfindenden Menschen als eine Ungerechtigkeit, daß der eine Mensch oder die eine Gruppe von Menschen die Macht hat, sich auf Kosten fremder Arbeit ein arbeitsloses, aber angenehmes Dasein zu verschaffen. Aus diesem instinktiven Rechtsgefühl heraus entstand die Auffassung, daß die Ausbeutung beseitigt werden und daß jeder Mensch den Ertrag seiner Arbeit bekommen müsse und verwenden dürfe. Die Forderung: „Jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit!" spukt noch heute in zahlreichen Köpfen, sie entspringt aus einem mißleiteten Rechtsempfinden und aus einer Verkennung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge innerhalb der menschlichen Gesellschaft.

Schon das einfachste Nachdenken lehrt uns, daß es eine Unmöglichkeit ist, jedem Menschen den vollen Ertrag seiner Arbeit zu beliebiger Verwendung auszuhändigen. Wenn dies geschähe, so würde eben für andere Zwecke nichts übrig bleiben. Wovon sollten dann wohl die Alten, die Invaliden, die Kranken, die Arbeitsunfähigen leben, wovon sollten die Säuglinge, die schwangeren Frauen, die Wöchnerinnen, die Kinder, die in der Ausbildung begriffenen Jugendlichen ernährt und unterhalten werden, wenn jeder arbeitende Mensch den Ertrag seiner Arbeit aufbrauchen würde? Im menschlichen Zusammenleben muß selbstverständlich jeder arbeitsfähige und arbeitende Mensch mehr erarbeiten, als er selbst gebraucht, damit der Überschuß für die nicht arbeitsfähigen Mitmenschen verwendet werden kann. Diese Mehrarbeit — man nennt sie die Belastungsziffer, die auf jeden Menschen fällt — ist schon heute, in der kapitalistischen Gesellschaft, sehr hoch und sie wird in einer sozialistischen Gemeinschaft noch höher sein. Allerdings wird dann der Anteil der Kapitalisten wegfallen, aber unsere Kinder, Kranken, Invaliden usw. sollen dann besser leben als heute, was natürlich höhere Aufwendungen erfordern wird. Außerdem sind auch noch hohe Aufwendungen zu machen, und zwar höhere als die heutigen für Bildungs-, Erziehungs- und Kulturzwecke.

Daraus ergibt sich deutlich, daß kein Mensch den vollen Ertrag seiner Arbeit selbst aufbrauchen darf, daß er vielmehr einen Teil davon der Allgemeinheit zur Verfügung stellen muß.

Über auch abgesehen von dieser sozialen Verpflichtung des einzelnen der Gemeinschaft gegenüber ist es technisch ganz unmöglich, den Ertrag irgendeiner Arbeit festzustellen. In der kapitalistischen Wirtschaft wird kooperativ gearbeitet, das heißt, mehrere Menschen stellen gemeinsam eine Arbeit her. Wie sollte man zum Beispiel imstande sein, bei der Herstellung einer Maschine auch nur annähernd zu berechnen, wieviel Arbeitsertrag auf jeden Beteiligten entfällt? Bei dem Herstellungswert, den Gestehungskosten eines Gebrauchsgegenstandes spielt nicht nur die Arbeit der daran Beteiligten eine Rolle, es kommen auch Rohmaterialien, Werkzeuge, Anlage usw. mit in Betracht. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß es ausgeschlossen ist, die Herstellungskosten zu ermitteln, eine Tatsache, die sich die Bauern und die sonstigen Produzenten zunutze machen, indem sie die Selbstkosten ihrer Erzeugnisse und die noch hinzukommenden Unkosten möglichst hoch veranschlagen. Aber selbst, wenn es möglich wäre, eine Berechnung der Gesamtkosten eines Gebrauchsgegenstandes herzustellen, so wäre es doch unmöglich, den auf jeden einzelnen entfallenden Anteil festzustellen. Schon aus diesem Grunde allein muß der Anspruch auf den vollen Arbeitsertrag als eine praktische Unmöglichkeit bezeichnet werden.

Auch Gerechtigkeitsgründe sprechen gegen diese Forderung. Die Einzelleistung eines Arbeiters wird nicht allein bestimmt durch die von ihm allein aufgewandte Arbeit, sondern sie wird in ihrem Werte auch stark beeinflußt durch die Mitarbeit seiner Kollegen sowie durch die technische Gestaltung des Arbeitsvorganges und die Arbeitsmethode. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Arbeiter allein an einem Stück Arbeit schafft oder ob er mit andern zusammenwirkt, die sich gegenseitig in die Hände arbeiten, ob er einfache Werkzeuge benutzt oder kunstvolle Maschinen, ob er eine planmäßig ausgedachte Methode anwendet oder ob er nach altem Brauche sein Werk verrichtet. Dies nutzt der moderne Unternehmer zu seinem Vorteil aus. Er wendet die kooperative Arbeitsweise an, die hohe Arbeitsleistungen ermöglicht, weil er weiß, daß ein Hand-in-Hand-Arbeiten zahlreicher Kräfte die Kraft und Leistungsfähigkeit des einzelnen steigert. Darauf beruht ja die wirtschaftliche Überlegenheit eines Großbetriebs über einen Kleinbetrieb, denn die kooperativ Arbeitenden feuern sich gegenseitig an und entfachen einen größeren Eifer, so daß sich eine Massenkraft entwickelt, die größer ist, als die Summe der Einzelkräfte.

Dazu kommt noch die verbesserte Arbeitsmethode. Die planmäßige Gliederung der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die organische Zusammenfassung von Werkstätten zu einer Betriebseinheit steigern die Erträge der wirtschaftlichen Tätigkeit. Alle diese Vorteile steckt der Kapitalist in seine Tasche, was er damit begründet, daß er sagt, er sei der Kopf und die treibende Kraft seines Unternehmens und darum gehöre ihm alles das, was der einzelne Arbeiter über seine Einzelkraft hinaus an Mehrwert erarbeite.

Das wird und muß natürlich in einem sozialisierten Betriebe anders werden, aber es wäre ein Unrecht, wenn der einzelne dieses Mehr in seine Tasche stecken wollte. Der bekannte Leiter des Zeißwerkes in Jena, Ernst Abbe, hat diesen Gedanken einmal vor seinen Arbeitern und Angestellten ausgeführt. Er wies darauf hin, daß er nach seinem Eintritt in das Werk eine Erfindung gemacht habe, die die wirtschaftlichen Leistungen des Unternehmens bedeutend gesteigert habe. Der damalige Inhaber des Betriebes, Zeiß, sei bereit gewesen, ihn an dem Ertrage dieser Erfindung finanziell zu beteiligen, aber aus Gerechtigkeitsgefühl habe er (Abbe) diese Extravergütung abgelehnt, und zwar mit folgender Begründung: „Die Erfindung rührt allerdings von mir her," sagt er, „aber die Ausgestaltung der Erfindung und die Ausführung der betreffenden Arbeiten ist das Werk meiner zahlreichen Mitarbeiter. Ich allein wäre nicht imstande gewesen, die Erfindung vorteilhaft zu verwerten, die Erfolge verdanke ich der Mitarbeit der im Betriebe Beschäftigten. Darum gebührt nicht mir allein der Ertrag, alle daran Beteiligten haben einen gemeinsamen Anspruch darauf." So verhält es sich bei jeder Kollektivarbeit. Alle Beteiligten haben einen Anspruch darauf und es läßt sich beim besten Willen nicht feststellen, wieviel dem einzelnen rechtlich zusteht.

Sodann machte Abbe noch auf folgenden Umstand aufmerksam: „Daß hier in unserm Betriebe hohe Arbeitsleistungen erzielt werden, ist nicht das Verdienst des einzelnen, sondern die Folge davon, daß unser Unternehmen planmäßig betrieben wird, daß es ein hochentwickelter Wirtschaftsorganismus ist, in den alle eingegliedert sind. Würde jeder einzelne seine Arbeit mit sich nach Hause nehmen und dort allein für sich fertig machen, so würde er bedeutend weniger leisten, als in unserm kooperativen Arbeitsbetriebe."

Aus allen diesen Gründen muß der Anspruch auf den vollen Ertrag der eigenen Arbeit als unberechtigt bezeichnet werden. Jeder in einem Sozialbetriebe Beschäftigte hat selbstverständlich ein Anrecht auf möglichst gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, um sich ein menschenwürdiges Dasein schaffen zu können, was aber darüber hinaus an Überschüssen herausspringt, muß der Allgemeinheit zugute kommen und zu sozialen Zwecken verwendet werden. Die günstige Lage des einzelnen Betriebes, die nicht das persönliche Verdienst des einzelnen Arbeiters oder Angestellten ist, darf von der Belegschaft des Betriebes zum eigenen Vorteil nicht ausgenutzt werden. Andernfalls könnte es vorkommen, daß ein landwirtschaftlicher Betrieb, der auf gutem Boden liegt und deshalb ertragreich arbeitet, seinen Arbeitern und Angestellten ein üppiges Leben ermöglicht, während in einem Betriebe auf schlechtem Boden die dort Beschäftigten Hunger leiden müßten, trotzdem sie ebenso fleißig ihre Pflicht tun, wie ihre vom Schicksal bevorzugten Kollegen und Kolleginnen. Es muß die Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, durch Aufklärung, Erziehung und Schulung ihrer Mitglieder nicht nur den persönlichen Egoismus, sondern auch den ebenso schädlichen Gruppenegoismus auszurotten. Der Solidarismus, diese Grundforderung des Sozialismus, muß zum Tatsolidarismus werden, der uns alle antreibt, daß wir auf das Gemeinwohl und die Interessen der Allgemeinheit Rücksicht nehmen. Das ist sehr schwer in einer kapitalistischen Wirtschaft, in der der Egoismus wild auf der Straße wächst. Aber bei gutem Willen und ernstem Streben muß es gelingen, die kapitalistisch verseuchte Menschheit allmählich mit dem Geiste der tatkräftigen Menschenliebe zu erfüllen.

Der neue Lohnsteuerabzug

Vor Eintritt in die Weihnachtsferien hat der Reichstag die Änderung des Einkommensteuergesetzes, wie es der Steuerausschuß in seiner bürgerlichen Mehrheit vorgeschlagen hat, beschlossen. Trotz des Protests der Sozialdemokratischen Partei ist das Steuerunrecht Gesetz geworden und ist am 1. Januar 1923 in Kraft getreten. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist die Rechtslage ab 1. Januar 1923 wie folgt:

Die Steuer beträgt ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens 10 v. H. Dieser zehnprozentige Abzug vom Lohn oder Gehalt ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und seinen Ehegatten monatlich um 200 M, wöchentlich um 48 M, täglich um 8 M oder zweistündlich um 2 M. Für Werbungskosten ermäßigt sich dieser Abzug für den Steuerpflichtigen weiter um monatlich 1000 M, wöchentlich um 240 M, täglich um 40 M oder zweistündlich um 10 M. Für jedes minderjährige Kind, dazu rechnen auch Pflege-, Stief- und Adoptivkinder, oder für jeden mittellosen Angehörigen ermäßigt sich der Abzug um monatlich 1000 M, wöchentlich 240 M, täglich 40 M oder zweistündlich um 10 M.

Die Ermäßigungssätze für die verschiedensten Zeitabschnitte und den Familienstand sind aus nachstehender Aufstellung ersichtlich. Die bei monatlicher, wöchentlicher täglicher oder zweistündlicher Lohnzahlung zu berücksichtigende Ermäßigung des vom Arbeitslohn (Geld-, Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. beträgt in Mark:

	monatl.	wöchentl.	tägl.	2stündl.
Unverheirateter oder verwitweter Arbeiter ohne Kinder	1200	288	48	12
Verheirateter ohne Kinder	1400	336	56	14
Unverheirateter oder Verwitweter mit 1 Kind oder mittellosen Angehörigen	2200	528	88	22
Verheirateter mit 1 Kind oder mittellosen Angehörigen	2400	576	96	24
Ledig oder verwitwet mit 2 Kindern oder mittellosen Angehörigen	3200	768	128	32
Verheiratet mit 2 Kindern oder mittellosen Angehörigen	3400	816	136	34
Ledig oder verwitwet mit 3 Kindern oder mittellosen Angehörigen	4200	1008	168	42
Verheiratet mit 3 Kindern oder mittellosen Angehörigen	4400	1056	176	44
Ledig oder verwitwet mit 4 Kindern oder mittellosen Angehörigen	5200	1248	208	52
Verheiratet mit 4 Kindern oder mittellosen Angehörigen usw.	5400	1296	216	54

Als mittellose Angehörige kommen nur solche in Frage, welche vom Finanzamt für den Steuerabzug genehmigt und auf der Steuerkarte als abzugsberechtigt eingetragen sind. Der Wert der Natural- und Sachbezüge wird jeweils von dem zuständigen Finanzamt festgesetzt.

Weitere Änderungen gegen früher sind folgende: Nach der alten Bestimmung durften minderjährige Kinder, wenn diese eigenes Arbeitseinkommen haben, für die Ermäßigung nicht angerechnet werden. Jetzt gilt die Ermäßigung für alle Kinder bis zu 17 Jahren, ganz gleich, ob und wieviel diese verdienen. Natürlich müssen diese Kinder, wenn sie selber Arbeitseinkommen haben, von diesem auch Steuern bezahlen, und zwar als selbständiger Steuerpflichtiger. Der zehnprozentige Abzug der Kinder als selbständige Steuerpflichtige wird aber um den Satz ermäßigt, der für einen unverheirateten Arbeitnehmer in Betracht kommt.

Eine weitere Begünstigung für den Steuerpflichtigen ist durch die Änderung des § 50 Abs. 2 geschaffen. Nach den alten Bestimmungen des § 50 Abs. 2 konnte die Zahl der Personen nur dann geändert werden, wenn sich der Familienstand vor dem 1. April um wenigstens zwei Personen vergrößert hatte. Nach der neuen Fassung kann der Arbeitnehmer jede Vergrößerung seines Familienstandes zu jeder Zeit auf dem Steuerbuch vermerken lassen und es tritt die Ermäßigung für die neu hinzugekommenen Personen bei der ersten auf die Ergänzung des Steuerbuches folgenden Lohnzahlung in Kraft.

Die Eintragungen ins Steuerbuch erfolgen, soweit sich der Familienstand durch Verheiratung oder durch die Geburt von Kindern vergrößert, durch die Gemeindebehörde. Es ist daher gut, wenn man bei der Anmeldung seiner neuvermählten Ehefrau oder seines neugeborenen Kindes sofort das Steuerbuch mitnimmt und die Änderung hierauf vermerken läßt.

Dringend zu wünschen wäre, daß es dem ADGB gelingen möge, den Finanzminister zu überzeugen, daß die Ermäßigungen bei weitem nicht mit der Geldentwertung gegangen sind und daher schnellstens weiter zu erhöhen sind. H. F.

Horthy-Ungarisches

Es ist eine in der ganzen zivilisierten Welt bekannte Tatsache, daß sich die reaktionäre Regierung Ungarns nur mittels der schlimmsten Willkür gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes aufrechtzuerhalten vermag. Eine gesetzliche Handhabe boten ihr hierbei die Ausnahmebestimmungen, deren Geltungsdauer jedoch in kurzem abgelaufen sein würde. Dieser Umstand hat die Horthy-Regierung veranlaßt, durch den Minister des Innern, Rakowsky, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen erhöhten Schutz für die öffentliche Ruhe und Sittlichkeit verlangt.

Nach diesem Gesetzentwurf ist jeder ungarische Staatsbürger verpflichtet, die Polizeibehörde jeweils von seinem Aufenthaltsorte in Kenntnis zu setzen. In der Praxis läuft diese Anzeigepflicht darauf hinaus, daß jeder Ungar sich bei der geringsten vorübergehenden Ortsveränderung bei der Gendarmerie an- und abzumelden hat, andernfalls er sich schweren Strafen aussetzt. § 2 des Entwurfs ermächtigt die Polizeibehörde, jede Person, deren Betragen „Verdacht" erweckt, außer Landes zu setzen. Artikel 5 bedroht mit Todesstrafe alle Personen, die über die auswärtige Regierungspolitik ungünstige Nachrichten verbreiten. Der Gesetzentwurf bestimmt ferner, daß jeder Staatsbürger zwischen seinem 18. und 50. Lebensjahr verpflichtet werden kann, persönliche Dienste zu verrichten, wenn es die Obrigkeit im Interesse der öffentlichen Gesundheit, der Lebensmittelbeschaffung oder der Sicherheit für notwendig hält.

Eine treffende Illustration zur Horthy-Gesetzgebung bildet der Artikel 6, der u. a. die Polizei ermächtigt, jeden „bedenklichen" Staatsbürger unter Polizeiaufsicht zu stellen oder in ein öffentliches Arbeitshaus zu stecken. In beiden Fällen gilt die Polizeibehörde als erste und zugleich höchste Instanz. Jedem, der unter polizeilicher Kontrolle steht, wird das Recht der Benutzung des Telephons entzogen, er darf sich in keiner Weise am politischen Leben beteiligen, darf keine Versammlungen besuchen, nicht einmal öffentliche Unterhaltungen, und der Empfang von Briefen und Telegrammen kann ihm kurzerhand verboten werden. Die Internierung im Arbeitshause soll sechs Monate dauern, doch wenn die Leitung des Arbeitshauses der Anschauung ist, daß die dem Internierten dort zuteil gewordene „religiös-sittliche Erziehung" noch nicht genügend gewirkt habe, kann die Internierung um weitere sechs Monate verlängert werden.

Der Minister des Innern soll die Ermächtigung erhalten, alle Zeitungen auf beliebig lange Zeit einzustellen, wenn dies das Interesse des Staates erfordere. Damit kann nicht nur jeder der oppositionellen Gesinnung Verdächtige ins Arbeitshaus gesteckt werden, sondern auch jeder, der „gegen die Traditionen des Staates und der Nation" verstößt, oder wer das „religiöse Empfinden" verletzt. (Der Sozialdemokrat. Prag, 21. Dezember 1922.)

Wie ernsthaft es der ungarischen Regierung um die Durchführung dieser drakonischen Bestimmungen zu tun ist, erhellt aus der Haltung, die die Behörden gegenüber dem seit vielen Jahren zum ersten Male wieder abgehaltenen öffentlichen Kongreß der ungarischen Sozialdemokraten angenommen haben. Der ungarische „Rechtsstaat" gestattete nämlich die Abhaltung des Kongresses nur unter der Bedingung, daß der Vorsitz von einem Polizeibeamten geführt wurde — ein Vorgehen, das vom Vertreter der Zweiten Internationale, Emil Vandervelde, mit den Worten gebrandmarkt wurde, daß eine derartige Handlungsweise in keinem anderen Lande der Welt möglich wäre.

J. G. B.

Das große Los von tausend Milliarden!

In der Frankfurter Zeitung vom 13. Januar lesen wir: Die Sowjetregierung, deren Budget gleich dem der meisten anderen Staaten ein gewaltiges Defizit aufweist, hat die Emission einer großen Lotterieanleihe beschlossen. Um die Zeichnung anzureizen, werden die Lose in Goldrubeln ausgestellt; sie werden in Serien von 50 Stück im Durchschnittswert von 1000 Goldrubeln periodisch gezogen. Der Gewinn des großen Loses beträgt 100 000 Goldrubel, nach dem gegenwärtigen Wechselkurs 1000 Milliarden Papierrubel. Wie die Izvestia sagen, soll die Erziehung des russischen Volkes beeinflußt werden, das verlernt hat, zu sparen und Geld anzulegen. (Durch die Errichtung von Spielhöllen, über die Popoff vor einigen Tagen an dieser Stelle berichtete, geschieht das nun gerade nicht. Schriftltg. d. Frankf. Ztg.) Vergessen wir nicht, schreibt das genannte offiziöse Blatt, daß der Zinsfuß für tägliches Geld 2½ v. H. bei Papierrubel und 10 v. H. bei monatlichem Geld für Goldrubel und fremde Devisen beträgt. Der glückliche Gewinner des großen Loses von 100 000 Goldrubel kann sich also ein Einkommen von 10 000 Goldrubel oder 100 Milliarden Papierrubel sichern. Er kann von seinen Renten leben, ohne etwas zu tun. Trotzdem wird er, nach Ansicht der Izvestia, zur Sicherung der öffentlichen Finanzen beitragen.

Die Abbildung 2 zeigt einen dem geschilderten Gedanken entsprechenden Apparat in schematischer Darstellung. a ist die bereits genannte Halbleiterwalze mit der metallischen Achse b, c stellt das fest über ihr liegende Metallband dar. Erstere wird durch einen Motor in Richtung des Pfeiles ständig in Umdrehung gehalten, solange der Apparat in Betrieb ist. Der Metallstreifen c greift mit seinem einen Ende an die Apparatrückwand und mit seinem anderen Ende, unter Zwischenschaltung einer Zugfeder d, an die Grundplatte. Ein Winkelhebel, der im Punkte e drehbar gelagert und mit dem Metallstreifen c in Verbindung steht, trägt einen Schreibstift f, der auf einem über eine Rolle g laufenden Papierstreifen ruht.

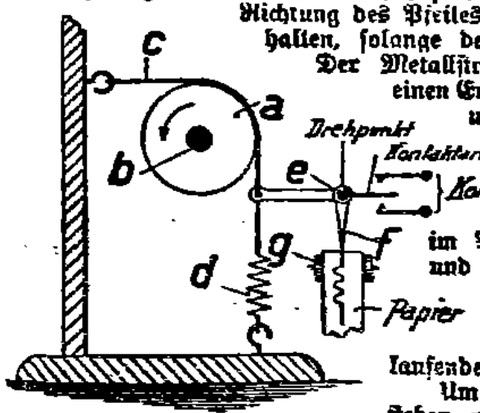

Abbildung 2

Um die Wirkungsweise zu verstehen, muß man sich vorstellen, daß eine Telegraphenleitung an das Metallband c einerseits und an die rotierende Achse b anderseits angeschlossen ist.

Wird nun auf der Telegraphenleitung ein Zeichen gegeben, so wird der elektrische Strom die bereits genannte Wirkung verursachen, das heißt das Metallband c wird an dem Halbleiterzylinder a haften bleiben und von ihm solange festgehalten und mitgenommen werden, bis der Strom unterbrochen wird. Dadurch erfährt der Winkelhebel einschließlich Schreibstift f einen Ausschlag und ruft auf dem Papierstreifen erstmals einen Strich quer zu seiner Bewegungsrichtung und dann einen in Richtung der Papierbewegung hervor. Wird nun der Strom unterbrochen, so hört die Klebkraft auf; die Feder d zieht den Metallstreifen in seine ursprüngliche Lage zurück und der Schreibstift f, der auch diesen Bewegungen entsprechend gefolgt ist, verursacht auf dem Papierband Striche, die gewissermaßen entgegengesetzt den ersteren stehen. Schließt und unterbricht man nun den Strom mit Hilfe einer Telegraphier(Morse-)taste in der Folge des Strich-Punkt-(Morse-)Alphabets, so entsteht auf dem Papierstreifen eine Zickzackschrift, bei der natürlich nur die oberen Zeichen gelesen werden dürfen, die selbstverständlich jedem Telegraphisten geläufig sind (siehe Abb. 3).

Abbildung 3

Die der Erfindung zugrunde liegenden eigenartigen Beobachtungen und Gestaltungen sind aber nicht nur für die Telegraphie verwendbar, sondern auch für die Telephonie. Für letztere besonders deshalb, weil dabei die Wiedergabe von Tönen aller Art (Sprache, Musik oder dergl.) vollständig lautrein und kräftig erfolgt.

Welche Vorteile und Möglichkeiten diese Erfindung überhaupt in sich schließt, läßt sich jetzt noch nicht ganz übersehen. Sehr wahrscheinlich ist es, daß durch sie eine ganz neue Zeit für die Nachrichtenübermittlung eingeleitet ist, die, nach der rapiden technischen Entwicklung zu urteilen, auch noch ältere Zeitgenossen erleben dürften.

Um den geschilderten technischen Eigenartigkeiten auch eine von geschichtlicher Bedeutung hinzuzufügen, sei zum Schluß noch bemerkt, daß der Erfinder des Elektromagneten, der dänische Naturforscher H. C. Oersted, ebenso wie die beiden genannten Ingenieure, ein gebürtiger Kopenhager war. Er würde sicher sehr erstaunt sein, wenn er hören könnte, daß seine beiden Landsleute den von ihm im Jahre 1819 so schön ausgedachten Elektromagneten hundert Jahre später zum alten Eisen warfen und ihn durch eine ganz gewöhnliche „Steinwalze" ersetzten.

Franzosen und Gewerkschaften an der Ruhr

Die französische Besatzungsbehörde hatte sich den Arbeitsplan mit den Gewerkschaften ganz nett zurechtgelegt. Ehe noch Militär in Essen einmarschierte, erhielt unser Kollege Wolf von der Bezirksleitung Essen von der Düsseldorfer Besatzungsbehörde die Mitteilung, daß eine Delegation der Besatzungsbehörde vorsprechen würde. Zugleich wurde auch der Kollege Steinhauer (Essen) als einflußreicher Vertreter der Essener Arbeiterschaft aufgesucht. Es erschien auch ein Stabschef mit seinem Adjutanten und gaben die Zusicherung, sie seien nur gekommen, um die von der deutschen Regierung absichtlich verweigerten Materialien zu holen. Die Arbeiterschaft solle keinesfalls unterdrückt oder gar der Achtstundentag beseitigt werden; im Gegenteil, den Arbeitern würde geholfen werden und sie würden es besser haben als seither. Bei Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitgebern boten sie ihre Hilfe an. Als Gegenleistung wurde verlangt, ihnen bei der Behebung der Schwierigkeiten in der Kohlenverteilung behilflich zu sein.

Das Ansinnen ist von unseren Kollegen rundweg abgelehnt worden mit dem Bemerken, daß wir selbst stark genug seien, den Kampf mit den Arbeitgebern aufzunehmen. Die Besetzung des Ruhrgebiets sei ein Gewaltstreich schlimmster Art und sie halten es für ihre Pflicht, im Namen der Arbeiterschaft ihren Protest auszusprechen.

Inzwischen wurde die Besetzung weiter durchgeführt. Nachdem die Besatzungsbehörden sich überzeugt hatten, daß mit den Arbeitern und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung die Sache nicht gemacht werden konnte, wurde das Blatt gedreht. Die Vertreter der Berg- und Metallarbeiter wurden nach Düsseldorf zu dem kommandierenden General Degoutte geladen. Die in Düsseldorf erschienenen Arbeitervertreter mußten dann warten, bis die Offiziere ihre Verhandlungen mit den Syndikalisten und Unionisten, die gesondert geladen waren, beendet hatten. Schließlich wurde folgende Erklärung des Generals verlesen:

„Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß die Industriellen die Lage noch zu verschlimmern suchen, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung schon schwierig gestaltet wurde.

Die Haltung derselben und die des Reiches haben das Einrücken der belgischen und französischen Truppen in das Ruhrgebiet notwendig gemacht, um endlich die Lieferung der Kohlen durchzusetzen, die uns auf Grund des Versailler Vertrages zustehen. Diese Lieferung soll nämlich die ungenügende Förderung der von der deutschen Armee zerstörten Bergwerke, die mehr als hunderttausend Arbeitern das Brot gab, ausgleichen.

Die Ankunft unserer Truppen hat jedoch nur den Zweck, die Tätigkeit der Ingenieure zu unterstützen, welche die erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollen, um die den Alliierten zustehende Kohle zu bekommen; keinesfalls sollen sie die wirtschaftliche Lage des Landes verwirren.

Die Besatzungsbehörden werden also ihr möglichstes tun, damit die Arbeitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter des Ruhrgebiets nicht durch einen Zustand erschwert werden, für den die Verantwortung einzig und allein den Industriellen und der Regierung zusteht."

Eine im gleichen Gedanken gehaltene mündliche Bemerkung wurde noch darauf gegeben und dann die Sitzung geschlossen. Es war echt militärisch verfahren worden, nachdem die Versuche der „gütlichen Annäherung" gescheitert, sollte versucht werden, auf dem Wege des Kommandierens zum Ziel zu kommen. Unsere Kollegen im Ruhrgebiet werden sich durch derartige Machinationen nicht irre machen lassen, sie werden tun, was im Interesse der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit liegt.

Einkehr und Selbstbesinnung der Deutschen Bergwerks-Zeitung

Der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet scheint bei manchem Unternehmerblatt eine erfreuliche Selbsterkenntnis bewirkt zu haben, wie ein Aufsatz der Bergwerks-Zeitung vom 14. Januar annehmen läßt. An leitender Stelle heißt es da:

Halbmast wehen im Reiche die Fahnen... Ein Tag der Trauer, ein Tag der Einkehr und der Selbstbesinnung. Wir haben weiß Gott Anlaß zu solcher inneren Einkehr. Es wäre niemals so weit mit uns gekommen, wenn wir nicht in allen Lagern schwer gesündigt hätten... eine Regierung, die eine äußere (Nur eine äußere? Schriftltg. d. M.-Z.) Politik trieb von verbrecherischer Unfähigkeit, derentwegen sie allein schon das Schicksal verdient hätte, das ihr geworden ist. Auch daran ist zu erinnern, daß die herrschenden Schichten, die eine solche Regierung und eine solche Politik stützten oder auch nur gewähren ließen, schwere Verantwortung auf sich geladen haben.

Was so das Blatt der Kohlenmagnaten in schöner Selbsterkenntnis beichtet, ist von uns Gewerkschaftern und Sozialisten seit Jahrzehnten unermüdlich verkündet worden, es waren aber vornehmlich Blätter von der Art der Bergwerks-Zeitung, die uns deswegen der Vaterlandsfeindlichkeit und ähnlicher Schändlichkeiten anklagten. Und wenn wir uns nicht ganz irren, sind es gerade wieder die Kreise, für deren Interessen die Bergwerks-Zeitung wirkt, die eine Bewegung fördern, deren Ziel die Rückschaffung eben einer solchen Regierung ist, die eine „Politik verbrecherischer Unfähigkeit" trieb. Doch hören wir, was die Bergwerks-Zeitung weiter zu beichten hat:

Wir glaubten, ein einiges Volk geworden zu sein seit 1871. Wir waren es nicht. Zur Zerrissenheit im Innern kam die Gleichgültigkeit gegenüber den Millionen Deutscher im Auslande, die nicht zum Reich gehörten... Was wußte die Masse des Volkes von den Deutschen in Österreich, in Böhmen, im Baltikum, in Tirol? Die Schulen taten nichts, um das Gefühl für die Einheit des Deutschtums... allgemein zu machen.

Ganz richtig, die Schulen der bismarckisch-monarchischen Vergangenheit mußten ihre Zeit mit Verherrlichung gekrönter Feldwebel und ihrer kriegerischen Untaten vertrödeln, anstatt sie für die deutsche Volkssache zu verwenden. Freilich, wäre diese ernstlich behandelt worden, dann würde womöglich auch die Frage aufgetaucht sein, wer denn eigentlich die meiste Schuld an der deutschen Zerrissenheit trägt, oder, um bestimmter zu werden, wer die Österreicher aus dem deutschen Bunde hinausgeworfen hat. Wobei der Ruhm Bismarcks, vor dem die Bourgeoisie mit dem Spießbürgertum ein Leben lang auf dem Bauche kroch, schwarze Flecken erhalten hätte. Bekanntlich waren es die beiden Sozialdemokraten Liebknecht und Bebel, die den Streich, den Bismarck am Deutschtum verübte, mit gebührender Schärfe brandmarkten.

So darf man sich nicht wundern, fährt die Bergwerks-Zeitung in ihrer Selbstbesinnung fort, daß die Würdelosigkeit vor dem Auslande in den nächsten Jahren nach dem November 1918 in deutschen Landen Orgien feierte. Man machte Kotau vor dem Auslande und glaubte auf diese Weise Eindruck zu machen und mildere Bedingungen zu erreichen... So küßten wir den Stiefel, der uns trat... Mit diesem Treiben haben wir nichts gewonnen.

Nach dem Hinweis auf diese Würdelosigkeit muß man zustimmen. Man denke nur an die innigen Fäden, die von reaktionären Kreisen des Freistaates Bayern zur französischen Gesandtschaft gesponnen wurden, an den elenden Landesverrat derer von Oppersdorf und Schulenburg, dann an die [illegible] Seiner Majestät mit dem Auslande und an die nächtliche Transaktion des Hohenzollernprinzen mit dem holländischen Bankier, von den unzähligen anderen Würdelosigkeiten der Sippe von Gottes Gnaden vor 1918 ganz zu schweigen.

Indessen muß man annehmen, daß die Bergwerks-Zeitung mit dem Vorwurfe der Würdelosigkeit vor dem Auslande weniger die [illegible] als ihre eigene Klassengenossenschaft treffen will. Wahrscheinlich jene Profitgenossen, die sich kürzlich in Berlin an Mitglieder der [illegible] heranschmeißen, um hinter dem Rücken der deutschen Regierung besondere Geschäftchen zu machen, oder jene (von [illegible] gekennzeichneten) Industriellen, die im Kriege Stacheldraht und anderes Material über die Schweiz dem Feinde zuschoben. Wenn die Bergwerks-Zeitung noch andere Würdelosigkeiten der nämlichen Kreise erfahren will, dann kann sie sie in dem Bericht von Raymond Henry (Enquête en Rhénane) über seinen Aufenthalt im Rheinland finden. Damit sie einen Vergleich zwischen proletarischer und kapitalistischer Würde vor dem Auslande anstellen kann, sollte sie die Aussage des volksparteilichen Industriellen neben die etwas weiter hinten kommende Antwort stellen, die der Franzose von gewerkschaftlicher Seite erhielt. Zum Schluß möchten wir wünschen, daß die Empörung der Bergwerks-Zeitung wenigstens noch eine kurze Zeit vorhalten möge, weil es wahrscheinlich sehr bald Gelegenheit geben dürfte, sich gegen neue und sicherlich nicht mildere Würdelosigkeit vor dem Auslande zu wenden von Kreisen, die dem Industriellenblatt viel näher stehen als uns.

Unsere Arbeitslage im 4. Vierteljahr 1922

Über die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Ende Dezember 1922 haben von 731 gezählten Verwaltungen mit 1 622 600 Mitgliedern 608 Verwaltungen mit 1 541 022 Mitgliedern rechtzeitig Berichte eingesandt, während von 123 Verwaltungen mit 81 578 Mitgliedern Berichte zu spät oder gar nicht eingingen. Werden in den letzteren Verwaltungen die Zahlen von früheren Berichten zugrunde gelegt, so ergeben sich 31 635 Betriebe mit 2 500 905 Arbeitern, wovon nach den vorliegenden Berichten 30 383 Betriebe mit 2 359 480 Arbeitern erfaßt wurden. Von diesen waren 30 062 Betriebe mit 2 328 193 Arbeitern voll beschäftigt, 319 Betriebe mit 31 235 Arbeitern arbeiteten verkürzt und 2 Betriebe mit 52 Arbeitern standen im Streik.

Die Arbeitslage im letzten Vierteljahr ist aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich. In den berichtenden Verwaltungen waren je am letzten Arbeitstage der letzten Arbeitswoche des Monats:

	28. Oktober		25. November		30. Dezember	
	Betriebe v. H.	Arbeiter v. H.	Betriebe v. H.	Arbeiter v. H.	Betriebe v. H.	Arbeiter v. H.
Vollbeschäftigt	99,22	98,88	99,10	98,51	98,94	98,68
Kurzarbeiter	0,78	1,12	0,90	1,49	1,05	1,32
Im Streik	—	—	0,00	0,00	0,01	0,00
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Arbeitslos:

	Männlich		Weiblich		Zusammen	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
28. Oktober	6586	0,52	1120	0,65	7706	0,53
25. November	7859	0,62	1430	0,78	9289	0,64
30. Dezember	10131	0,75	2122	1,11	12253	0,80

Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, hat sich die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Betriebe im letzten Vierteljahr dauernd vergrößert, während die Zahl der betroffenen Arbeiter gegen den Vormonat etwas zurückgegangen ist. Letzteres ist darauf zurückzuführen, daß einige Großbetriebe wieder zur vollen Arbeitszeit übergegangen sind. Im übrigen geht aus der Zusammenstellung eine, zwar geringe, aber eine dauernd steigende Verschlechterung der Arbeitslage hervor.

Für Unterstützung an Arbeitslose wurden im 4. Vierteljahr 14 775 644 M gezahlt.

Einheitsfront der Hand- u. Kopfarbeiter

X Ein lange gehegter Wunsch aller denkenden Gewerkschafter, der Zusammenschluß von Hand- und Kopfarbeiterschaft, ist endlich Tatsache geworden. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist in die Linie der freien Gewerkschaften eingerückt. Die Einigung zwischen dem ADGB, Afa und Beamtenbund ist vollzogen. Damit wird auch wohl der bisherige Gegensatz zwischen Arbeiter- und Beamtenschaft verschwinden. Im gemeinsamen Wirken werden beide Teile einsehen, daß der eine den andern nötig hat und daß im Zusammenschluß nur die Kraft entfaltet werden kann, die erforderlich ist, um die Anschläge der Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete abzuschlagen.

Es ist leider Tatsache, daß allerdings sichtbar abnehmende Teile der Beamtenschaft der modernen Arbeiterbewegung nicht das nötige Verständnis und die Einsicht entgegenbringen, die erforderlich ist, um ein harmonisches Zusammenwirken beider Teile zu gewährleisten. Es gibt unter ihnen noch Leute mit dem „Beamtenvogel", der sich darin kundgibt, daß sie glauben, durch das Tragen eines Gehrocks und weißen Vorhemdes etwas besseres zu sein als der Handarbeiter. Doch sind diese Käuze, wie gesagt, im Verschwinden begriffen.

Anderseits jedoch erfordert es die Ehrlichkeit, einzugestehen, daß das Verhalten vieler Arbeiter die Beamten abstößt und sie hindert, dem Arbeiter innerlich näherzukommen. Nicht der schmutzige Kittel, nicht die schwielige Faust ist es, was sie abstößt, sondern das vielfach ungeziemende Benehmen. Die Arbeiterschaft sollte mehr an sich arbeiten und sich eifrigst bestreben, die Geistes- und Gefühlsbeschaffenheit der Schicksalsgenossen im Rock zu verstehen. Sich kennen heißt sich lieben und gemeinschaftliches Handeln erleichtern.

Es gibt unter den Beamten mehr sozialistisch Fühlende, als gemeinhin von der Arbeiterschaft angenommen wird. Die Arbeiterschaft sollte sich darüber freuen. Wir Handarbeiter müssen die Kopfarbeiter unbedingt haben, denn wir kommen nicht weiter, wenn uns für die tausend Aufgaben und Ämter in der öffentlichen Verwaltung die geschulten Leute fehlen. Wenn wir warten wollten, bis sich in den Kreisen der Handarbeiter die nötigen geistigen Kräfte heranbilden, dürfte es länger dauern, als der Erreichung unseres Zieles gut ist. So begrüßen wir denn die endlich gelungene Einheitsfront und wünschen inbrünstig, daß sie segensreich sein möge für unsere gemeinschaftliche Sache.

Hilfe von ausgewiesenen Sozialdemokraten

In Buenos Aires besteht der deutsche Verein Vorwärts. Er wurde im Jahre 1882 von Sozialisten gegründet, die auf Grund des Ausnahmegesetzes aus Deutschland vertrieben worden waren. Der Verein wurde nicht nur ein Stützpunkt für die dortigen Genossen, sondern es gelang ihm auch, den Genossen in der Heimat Hilfe zu leisten, bis das Ausnahmegesetz außer Kraft war. Dann verwandte der Verein seine Mittel zum Ausbau der eigenen Einrichtungen. Nachdem die Not in Deutschland so entsetzlich angewachsen war, beschloß der Verein, eine Hilfsaktion zugunsten der deutschen Arbeiterkinder einzuleiten unter dem Namen Deutsche Kinderhilfe. Zunächst fand am 4. November 1922 ein Wohltätigkeitsabend statt, der nebst einer weiteren kleinen Sammlung einen Reinertrag von 178,80 Papierpesos (über eine halbe Million Mark) ergab. Diese Summe ist dem Vorstand des ADGB überwiesen worden, der für die richtige Verwendung sorgen wird. In einem Begleitbrief stellt der Vorstand noch weitere Hilfe in Aussicht. — Unseren Genossen und Landsleuten sei für ihre hochherzige Hilfsbereitschaft herzlichst gedankt.

Warnung aus der Schweiz

Unserm Bruderverband in der Schweiz gehen aus Deutschland ständig Anfragen wegen Stellung zu. Der Vorstand in Bern ersucht uns, den deutschen Kollegen mitzuteilen, daß es ganz unmöglich ist, den Stellungsgesuchen zu entsprechen. Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz groß, denn wird Einreiseerlaubnis nur Spezialarbeitern erteilt, die in der Schweiz nicht vorhanden sind. Dazu kommt die Wohnungsnot, die die Behörden bestimmt, selbst schweizerischen Bürgern die Erlaubnis zur Niederlassung zu verweigern.

Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband e. V., München, veranstaltet während der kommenden Messen in Leipzig und Frankfurt a. M. Ausstellungen von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheit bieten sollen, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verkaufen. Vollständig mittellose und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende behördliche Bescheinigung ganze oder halbe Freiplätze. Die Anmeldungen müßten sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Bedingungen kostenlos, Fragebogen über die Bedürftigkeit (Vermögenszeugnis) 20 M durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jahnstraße 20.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Zwei Schriften von Max Dortu: **„Großstadt"** und **„Männer vom Bau"**. Dortu ist uns kein Neuer mehr. Sein Suchen nach Glück und Schönheit in der Natur leuchtet uns aus seinen Dichtungen und Schriften entgegen, er verherrlicht die geheiligte Arbeit und die wahre, reine Liebe. Mit scharfen Strichen zeichnet er die grauenhafte Schönheit der Arbeit und die verlangende, wunde Seele des Proleten. Die Schriften sind für denkende, suchende Menschen bestimmt. Verlag: Lothar Joachim, Leipzig, Kantstraße 59.

Mann und Weib von Alfred Möglich. Die physiologischen Grundlagen der Frauenfrage und das Märchen vom zarten Geschlecht. 2. Auflage. Verlag O. Sidow & Co., Brandenburg a. H.

Die Drehbank. Ihre Geschichte, ihr Aufbau und ihre Handhabung nebst zahlreichen Berechnungstabellen. Ein Buch für Eisendreher, Mechaniker und Maschinenschlosser, für Werkmeister und Betriebsleiter und namentlich solche, die es werden wollen. Von A. Hegele, Ingenieur und Gewerbeschulrat an der staatlichen Gewerbeschule für maschinentechnische Berufe in Stuttgart-Cannstatt. 234 Seiten mit 247 Abbildungen, Skizzen und Zeichnungen im Text und 52 Tafeln auf Kunstdruck. Zweite verbesserte Auflage. Franckhs technischer Verlag Dieck & Co., Stuttgart, Pfizerstraße 5. — Ein bewährtes Hilfsbuch für Werkstatt und Fachschule, dessen erste Auflage in kürzester Zeit rasch Verbreitung und größte Anerkennung in der Werkstatt gefunden hat. Es bezweckt, Eisendreher, Mechaniker, Maschinenschlosser, Werkmeister und auch Techniker in das Verständnis der wichtigsten und bedeutendsten Werkzeugmaschinen einzuführen, und dies unter möglichstem Verzicht auf mathematische Vorkenntnisse. Zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung ist dieses Buch als äußerst geeignet zu bezeichnen.

Das technische Fachzeichnen in 20 Tafeln und 6 Textabbildungen. Zweite vollständig neu umgearbeitete und erweiterte Auflage von Otto Lippmann. Gustav Wolf, Verlag, Dresden-A. 16. — Das uns vorliegende Buch, das nun schon in der zweiten Auflage erscheinen konnte, ist ein geradezu ideales Lehrbuch für den Fachmann. 20 Tafeln mit 132 sehr gut ausgeführten Abbildungen und 6 Textabbildungen machen die interessante Abhandlung ungemein verständlich. Das Buch gehört unbedingt in die Bücherei eines jeden Fachmannes, insbesondere auch dem Lehrling.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 28. Januar ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar 1923 fällig.

Infolge der weiter gestiegenen Materialpreise, Portosätze usw. müssen die Gebühren für Ersatzmitgliedsbücher erhöht werden.

Vom 1. Februar 1923 an kostet ein Ersatzmitgliedsbuch 600 Mk.

Bei Bestellung von Ersatzbüchern sind die üblichen Bestellformulare zu benützen. Der Betrag ist in Kassenscheinen beizufügen.

Briefmarken und städtische Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Uelzen:

Der Schlosser Karl Waage, geb. am 22. Oktober 1899 zu Harburg, eingetreten am 15. Dezember 1918 zu Harburg, Mitgliedsbuch Nr. ?, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Villingen:

Der Metallarbeiter Joh. Schönenbeck, geb. am 19. März 1901 zu Velbert, Mitgliedsbuch Nr. 5,311 769, wegen unkollegialem Verhalten.

Mit kollegialem Gruß — **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Formern und Gießereiarbeitern** nach Sangerhausen (Barbarossahütte, Rhein.-Westf. Gußwerke Eberhardt & Co.) D.; nach Ungarn D.;

von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Einbeck (Aug. Stuckenbrock) St.; nach Lauterberg a. Harz (Franz Kuhlmann) Mi.; nach Rumänien A.; nach Tempelburg i. Pom. (Maschinenfabriken B. Buchholz und Gärtner) St.;

von **Sensenarbeitern** nach Türmitz bei Aussig, Tschechoslowakei (Hammerwerke) v. St.;

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung.

Großschönau i. S. Auszahlung v. Unterstützung nur Sonnabends von 3 bis 5 Uhr beim Kassier Karsch, Uferweg 144; Briefe an den Bevollmächtigten R. Flammiger, Mühlwiese 20.

Angestellte gesucht.

Kirchen a. d. Sieg sucht z. baldigen Eintritt ein mit allen Verbandseinrichtungen vertraut. Geschäftsführer. Organisatorische und rednerische Begabung und 5jähr. Mitgliedschaft Bedingung. Gesuche, enthaltend Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sowie Alter, Beruf und Familienstand, mit Aufschrift Bewerbung bis 1. Februar an P. Giher, Brühlhof b. Kirchen (Sieg), Siegenerstr. 10.

Cottbus. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Aug. Wirth gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

(Gesuchsschriften bzw. die Arbeitergesuche sind an das suchende Geschäft, Anzeigenaufträge nur an den Verlag dieser Zeitung zu richten.)

Perfekter **Feilenschleifer** auf alte Feilen per sofort gesucht. Tariflohn. Zimmer wird besorgt und Reise vergütet. **Eduard Dänisch Söhne, Halle a. S., Schwetschkestr. 21.**

Formengraveure in dauernde Stellung für sofort gesucht. **Plume & Helfer, Hannover, Grünstraße 4.**

Jüngerer selbständiger **Feilenschleifer** für dauernde Stellung gegen hohen Lohn sofort gesucht. **Robert Schäfer, Feilenfabrik, Frankenthal (Rheinpfalz).**

Ein Feilenhauer oder Maschinenhauer für Zenker- oder Frowein-maschine gesucht. Tariflohn. **Feilen- u. Werkzeugfabrik Otto Holzapfel, Brandenburg a. Havel.**

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.